

SPU? CPD? DIE CDP? DUF? SDU ÜNEN? FDU? NO

Kinder- und Jugendwahl U18 am 18. September 2009

Die Parteien und ihre Programme – eine Zusammenstellung
wichtiger Aussagen zu verschiedenen Themenbereichen

Kontakt

Kinder- und Jugendwahlprojekt U18
c/o Landesjugendring Berlin e.V.
Gottschedstraße 4
13357 Berlin
Fon: 030 - 81 88 61 15
Fax: 030 - 211 66 87
www.u18.org
info@u18.org

Gefördert vom Deutschen Kinderhilfswerk, der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin und der Kreuzberger Kinderstiftung. Mit freundlicher Unterstützung der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung.



www.u18.org





VORWORT

Quellenverzeichnis

Bündnis 90/Die Grünen: Bundestagswahlprogramm der Partei Bündnis 90/Die Grünen
http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK09/Programm%2029.05.09/Bundestagswahlprogramm%20Pr%C3%A4ambel%20FINAL3.pdf

CDU/CSU: Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land. Regierungsprogramm 2009–2013
<http://www.cdu.de/doc/pdf/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducsu.pdf>

Die Linke: Konsequenz sozial. Für Demokratie und Frieden. Bundestagswahlprogramm 2009
http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/LinkePV_LWP_BTW_090703b.pdf

FDP: Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei
<http://deutschlandprogramm.de/files/653/FDP-Bundestagswahlprogramm2009.pdf>

SPD: Sozial und demokratisch. Anpacken. Für Deutschland. Das Regierungsprogramm der SPD
http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Regierungsprogramm2009_LF_navi.pdf

RESSUM

Herausgeber:
Kinder- und Jugendwahlprojekt U18
Redaktion: Dennis Grabowsky, Candida Splett,
Tilmann Weickmann (V.i.S.d.P.) für den
Landesjugendring Berlin e.V., www.ljrberlin.de
Layout: Jule Svoboda
Titelbild: united communications GmbH,
www.united.de
Druck: flyeralarm
Auflage: 5.000 Exemplare

Diese Broschüre wurde aus dem
Zweckertrag der Lotterie »PS-Sparen
und Gewinnen« der Landesbank
Berlin/Berliner Sparkasse gefördert.

IMP

Liebe Kinder und Jugendliche, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Mithilfe dieser Broschüre könnt ihr euch einen Überblick über die Wahlprogramme der zurzeit im Bundestag vertretenen Parteien CDU/CSU, SPD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen verschaffen. Wir haben die Kernaussagen der Parteien zu ausgewählten Themenfeldern stichpunktartig zusammengefasst, damit ihr die Wahlprogramme besser vergleichen könnt. Andere Methoden der Auseinandersetzung mit Parteien und ihren Programmen, mit Wahlen, Demokratie oder Politik ganz im Allgemeinen findet ihr unter www.u18.org im Menüpunkt „Politische Bildung“.

Am 18.09.2009, neun Tage vor der Bundestagswahl, können bei der Kinder- und Jugendwahl U18 bundesweit alle Kinder und Jugendlichen wählen. Der Wahltag stellt den Höhepunkt einer langfristigen, inhaltlichen Auseinandersetzung mit Politik dar. Ziel von U18 ist es, möglichst viele Kinder und Jugendliche dauerhaft für Politik zu begeistern. Die U18-Wahl findet in Wahllokalen statt, die u.a. in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Schulen, Schulclubs, Sportvereinen, Bibliotheken, Schwimmbädern oder auf öffentlichen Straßen und Plätzen in Form mobiler Wahllokale eingerichtet werden können. Auf www.u18.org könnt ihr ein Wahllokal gründen oder eines in eurer Nähe suchen, um am 18.09.2009 dort wählen zu gehen.

Viel Spaß bei der Vorbereitung eurer U18-Wahl wünscht euch

das Netzwerk U18

CDU/CSU

- >> keine Gleichstellung von außerehelichen Gemeinschaften mit der Ehe
- >> Kindererziehung ist Aufgabe von Frauen und Männern zugleich
- >> Schaffung familiengerechter Arbeitsplätze
- >> Förderung der verbandlichen und offenen Jugendarbeit fortsetzen. Die Arbeit in den Jugendverbänden, -ringen der offenen und der kommunalen Jugendarbeit und in den Jugendbildungsstätten ist ein Erfolgsmodell

SPD

- >> Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung einführen
- >> eine eigenständige Jugendpolitik schaffen
- >> Kinderrechte ins Grundgesetz
- >> wir brauchen eine gute Ausstattung der Jugendhilfe
- >> Kinder und Jugendliche zu „kritischem Konsum“ anleiten

FDP

- >> Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften
- >> Ausbau hochwertiger Betreuungsangebote
- >> Kindergeld auf 200 Euro erhöhen
- >> Jugendstrafrecht konsequent anwenden; dafür die kommunale Jugendhilfe besser vernetzen mit: Polizei, Justiz, Schule, Jugendgerichtshilfe

DIE LINKE

- >> Wahlalter auf 16 Jahre senken
- >> Kindergeld auf 200 Euro erhöhen, Hartz IV-Regelsatz für Minderjährige erhöhen
- >> gebührenfreie, öffentliche Kinderbetreuung
- >> Kinderrechte ins Grundgesetz
- >> Jugendhilfe in öffentlicher Hand oder gemeinnütziger Trägerschaft organisieren

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- >> aktives Wahlrecht ab 16 Jahren
- >> Vielfalt der Familienformen anerkennen
- >> Kinderrechte ins Grundgesetz
- >> wir brauchen engagierte Jugendverbände
- >> Träger der Jugendhilfe sind so auszustatten, dass sie ihre vielfältigen Aufgaben verantwortlich wahrnehmen können

CDU/CSU

- >> verbindliche Sprachstands-Tests für alle Kinder im Alter ab 4 Jahren
- >> Religionsunterricht als Pflichtfach an Schulen
- >> Wettbewerb zwischen den Hochschulen fördern

SPD

- >> Rechte von Praktikanten ausbauen
- >> Bis 2015 mindestens 7% des BIP für Bildung
- >> Ausbau von integrativen Schulformen
- >> keine Studiengebühren

FDP

- >> Einführung von Bildungs- und Betreuungsgutscheinen
- >> mindestens 7 % des BIP in Bildung investieren
- >> bundesweite Bildungsstandards

DIE LINKE

- >> Recht auf Bildung ins Grundgesetz
- >> Gemeinschaftsschule bis zur 10. Klasse
- >> Kita- und Studiengebühren abschaffen
- >> Bafög ausbauen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- >> eine Bildungsoffensive für mehr Chancengleichheit
- >> in den kommenden 5 Jahren mindestens 500.000 zusätzliche Studienplätze schaffen
- >> keine Studiengebühren

CDU/CSU

- >> gezielte und systematische Förderung des sportliche Nachwuchses und des Behindertensports
- >> mehr Anerkennung für das Ehrenamt

SPD

- >> Ausbau des Breitband-Netzes
- >> Sport ins Grundgesetz aufnehmen
- >> Ehrenamt besser fördern

FDP

- >> flächendeckender Zugang zum Breitband-Internet
- >> Sport als Staatsziel ins Grundgesetz

DIE LINKE

- >> Bedingungen für ehrenamtliche Arbeit verbessern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- >> flächendeckender Ausbau des Breitband-Netzes ohne Monopole
- >> neue Offensive bei Bau und Umbau von Sportstätten

CDU/CSU

- >> mit dem Mindestlohn werden Arbeitsplätze zerstört
- >> Senkung des Eingangs-, Anhebung des Höchststeuersatzes
- >> Wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet
- >> Minijobs sollen erhalten bleiben

SPD

- >> Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns (7,50 Euro)
- >> gleiche Löhne für gleiche Arbeit in Ost und West
- >> Angebote für Weiterbildung massiv ausbauen
- >> gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen
- >> Erhalt von Arbeitnehmerrechten
- >> Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, Begrenzung von Minijobs auf 15 Stunden

FDP

- >> gegen gesetzliche Mindestlöhne
- >> Einführung des Sozialleistungen zusammenfassenden Bürgergelds
- >> Reduzierung der vorgeschriebenen Betriebsratsmitglieder
- >> Auflösung der Bundesagentur für Arbeit

DIE LINKE

- >> Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns
- >> Erhöhte Steuern auf hohe Einkommen, hohe Erbschaften, Konzerngewinne
- >> gleicher Lohn für gleiche Arbeit (Männer/Frauen, Ost/West)
- >> Anhebung der Regelsätze für Hartz IV auf 500 Euro (Forderung: Hartz IV abschaffen)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- >> Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns (7,50 Euro)
- >> weniger Abgaben für Geringverdiener
- >> 1 Millionen neue Arbeitsplätze durch Investitionen in die Bereiche Ökologie, Bildung, Gesundheitssystem
- >> gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- >> Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes auf zunächst 420 Euro

CDU/CSU

- >> freiheitliches Gesundheitswesen (leistungsorientiert, selbstverwaltet, Therapiefreiheit, freie Arztwahl, etc.) statt Staatsmedizin

SPD

- >> Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung wird wieder paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen
- >> Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Versorgung

FDP

- >> mehr Wettbewerb im Gesundheitssektor
- >> Beitragsautonomie für die Krankenkassen beibehalten

DIE LINKE

- >> Entwicklung einer solidarischen BürgerInnenversicherung
- >> Abschaffung aller Zuzahlungen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- >> Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung gegen die Zwei-Klassen-Medizin

CDU/CSU

- >> Prävention, Strafverfolgung, Strafvollstreckung und Opferschutz müssen frühzeitig und konzeptionell Zusammenwirken (v. a. bei der Jugendkriminalität)
- >> keine unnötigen Datenmengen sollen gespeichert werden dürfen
- >> für fairen Zugang zum Internet und Datensicherheit

SPD

- >> Bürgerrechte schützen
- >> keine Privatisierung von staatlichen Sicherheitsaufgaben
- >> wir wollen keinen gläsernen Bürger
- >> Verbraucherdatenschutz verbessern
- >> Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung in der digitalen Welt
- >> besonderes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz

FDP

- >> Abschaffung des »Großen Lauschangriffs«
- >> Datenschutz ins Grundgesetz
- >> Errichtung einer Stiftung Datenschutz
- >> Verbesserung des Arbeitnehmerdatenschutzes

DIE LINKE

- >> individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizisten
- >> Datenschutzrecht modernisieren
- >> ein wirksames Arbeitnehmerdatenschutzgesetz schaffen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- >> Bürgerrechte schützen
- >> individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizisten
- >> Datenschutz ins Grundgesetz und verbraucherfreundlich sanieren
- >> Datenspeicherfristen im Internet auf ein Minimum verkürzen
- >> spezielles Arbeitnehmerdatenschutzgesetz schaffen

CDU/CSU

- >> kein europäisches Asylrecht
- >> keine doppelte Staatsbürgerschaft
- >> Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte fördern

SPD

- >> Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erleichtern
- >> Flüchtlingen angemessenen Zugang zu sozialen Leistungen ermöglichen

FDP

- >> Zuwanderungspolitik nach dem internationalen Flüchtlingsrecht
- >> Erweiterung der Integrationskurse
- >> rationale Integrationspolitik (Deutschland als Einwanderungsland anerkennen, Probleme nicht verschweigen, Steuerung der Zuwanderung zugunsten Hochqualifizierter)

DIE LINKE

- >> Asylrecht im Grundgesetz wiederherstellen
- >> Abschiebehaft beenden
- >> Asylbewerberleistungsgesetz und Residenzpflicht abschaffen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- >> eine menschenrechtsorientierte Asyl- und Flüchtlingspolitik
- >> großzügige Bleiberechtsregelung
- >> Abschaffung der Residenzpflicht

CDU/CSU

- >> Sicherung des Existenzrechts Israels
- >> Gottesbezug im EU-Vertrag verankern, keine EU-Vollmitgliedschaft für die Türkei
- >> für öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr
- >> Militärische Sicherheitspräsenz in Afghanistan zum Schutz des demokratischen Aufbaus

SPD

- >> Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen
- >> UNO stärken, Deutschland in den Sicherheitsrat
- >> Internationale Strafgerichtsbarkeit stärken
- >> Vertrag von Lissabon verwirklichen
- >> europäische soziale Mindeststandards vereinbaren
- >> Einsätze der Bundeswehr nur mit UN-Mandat
- >> deutsches Engagement in Afghanistan konstruktiv und kritisch begleiten

FDP

- >> konsequente Politik der Abrüstung und Rüstungskontrolle
- >> Reformierung der UNO
- >> Verabschiedung einer Europäischen Verfassung
- >> Deutschland benötigt hoch motivierte, sehr gut ausgebildete und mit modernster Bewaffnung ausgerüstete Streitkräfte
- >> militärische Präsenz in Afghanistan für die Übergangszeit zum zivilen Wiederaufbau

DIE LINKE

- >> Stärkung der UNO
- >> IWF und Weltbank demokratisch reformieren
- >> Europäische Verfassung von BürgerInnen mitgestalten lassen und zur Abstimmung vorlegen
- >> Verteidigungsetat verringern
- >> Bundeswehr sofort aus Afghanistan abziehen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- >> globale Abrüstung und eine atomwaffenfreie Welt
- >> UNO reformieren und stärken
- >> Ziel einer echten Verfassung für Europa
- >> Abschaffung der Wehrpflicht
- >> Einsätze der Bundeswehr nur mit UN-Mandat
- >> Verantwortung für Afghanistan, Vorrang müssen zivile Lösungen haben

CDU/CSU

- >> Anteil der erneuerbaren Energien 2020 auf 20 % erhöhen
- >> AKW-Laufzeiten verlängern
- >> Emissionshandel fortentwickeln
- >> Harmonisierung der Umweltstandards in Europa nach dem Verursacherprinzip

SPD

- >> Anteil der erneuerbaren Energien 2020 auf mind. 35 % erhöhen
- >> Atomausstieg umsetzen
- >> Leitprojekt »Weg vom Öl«
- >> Ressourceneffizienz bis 2020 verdoppeln
- >> keine Bahnprivatisierung

FDP

- >> Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20 % erhöhen
- >> AKW-Laufzeiten verlängern
- >> Bau neuer hocheffizienter Kohlekraftwerke
- >> Ausweitung des Emissionshandels

DIE LINKE

- >> Förderung erneuerbarer Energien
- >> keine Atomkraft
- >> dezentrale Energieversorgung in öffentlicher Hand
- >> massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- >> Schritt für Schritt vollständig auf erneuerbare Energien umsteigen
- >> keine neuen Kohlekraftwerke
- >> Stilllegung aller Atomreaktoren
- >> flächendeckendes Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen
- >> innerhalb von 10 Jahren den Verkehrsanteil der Schiene verdoppeln

CDU/CSU

- >> für eine Wirtschaftsordnung, die von Verantwortungsbewusstsein getragen wird und sich an den Prinzipien des »ehrbaren Kaufmanns« orientiert: die Soziale Marktwirtschaft.
- >> Hedge Fonds sind einem international abgestimmten Regelwerk zu unterwerfen
- >> Neuverschuldung senken

SPD

- >> Das marktradikale Zeitalter ist gescheitert. Wir wollen Soziale Demokratie. Und das heißt auch: Sozialstaat und Soziale Marktwirtschaft in Deutschland, in Europa und weltweit.
- >> neue Regeln für die Finanzmärkte
- >> Börsenumsatzsteuer einführen
- >> Mitarbeiterkapitalbeteiligung ausbauen
- >> Begrenzung von Managergehältern

FDP

- >> mehr Freiheit und Fairness durch Soziale Marktwirtschaft
- >> Rückzug des Staats aus der Wirtschaft
- >> Stärkung der Aktionärsrechte
- >> Senkung der Einkommenssteuer zur Stärkung des Mittelstands

DIE LINKE

- >> für eine Wirtschaftsordnung, die den Kapitalismus schrittweise überwindet
- >> Finanzsektor unter staatliche Kontrolle
- >> Verbot von Massenentlassungen
- >> Zukunftsprogramm für 2 Mio Arbeitsplätze
- >> Wirtschaft demokratisieren (Belegschaften beteiligen, Verstaatlichungen mit Mitbestimmung verbinden)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- >> Leitbild: Grüne Marktwirtschaft
(klare Regeln statt neoliberale Deregulierung)
- >> »Green New Deal«: Investieren in eine ökologische Wirtschaft, mehr Bildung, einen erneuerten sozialen Ausgleich
- >> Steueroasen austrocknen